

Die Zukunft, die wir wollen –
das Hamburg, das wir brauchen.

Dokumentation.

9. Hamburger Ratschlag

23. April 2021

Schwerpunkt:

Armut und ihre Überwindung

Bildung und Teilhabe

Gender, Arbeit und Corona

Zukunft der Arbeit



hamburger ratschlag

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN



DIE ZUKUNFT, DIE WIR WOLLEN DIE ZUKUNFT, DIE WIR BRAUCHEN

9. HAMBURGER RATSCHLAG ZUR UMSETZUNG DER UN-AGENDA 2030

Mit: Dr. Anke Butscher, Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, Kristin Alheit, Katja Karger

Für die Umsetzung der Agenda 2030 muss negative Zwischenbilanz gezogen werden



Neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie bedarf einer

TRANSFORMATION



Nicht mehr nur lokal, sondern global handeln!

Im Fokus der Transformation:

1. Soziale Gerechtigkeit / Geschlechtergerechtigkeit
2. Klimaschutz
3. Kreislaufwirtschaft
4. Verkehrswende / Nachh. Bauen
5. Nachhaltige Agrarwirtschaft

Kritik an bisheriger Strategie

- Eindimensional
- Wachstum im Mittelpunkt
- Armut wird nicht bekämpft



SOZIALE ARMUT UND UNGLEICHHEIT

Vortrag: Kristin Alheit

Pandemie hat wirtschaftl. Förderung nicht mit Nachhaltigkeitsforderungen verknüpft.



Folgende Aspekte wurden sogar noch verstärkt:

1. Es besteht große soziale Ungleichheit in Deutschland
2. Seit Anfang der 90er kaum soziale Aufstiegschancen
3. Einkommenszuwächse nur bei höheren Einkommen



Keine soziale Gerechtigkeit!
Gesellschaft driftet weiter auseinander!

Soziale Teilhabe muss gestärkt werden

Armut führt zu sozialer Isolation!

Bekämpfung der Armut durch Bildung



9. Hamburger Ratschlag.



Zum neunten Hamburger Ratschlag luden 24 Hamburger NRO ein, stellvertretend verantwortlich dafür Arbeitsstelle Weitblick und das Frauenwerk des ev.-luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein, Landesfrauenrat Hamburg e.V., Marie-Schlei-Verein e. V., SID Hamburg - Gesellschaft für internationale Entwicklung Hamburg e.V., Sozialverband Deutschland e.V. - Landesverband Hamburg, ver.di Hamburg, W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. und der Zukunftsrat Hamburg.

Begrüßung Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath (Marie- Schlei-Verein):

Die UN-Agenda 2030 steht mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Transformation unserer Gesellschaften, die das Überleben der Menschheit trotz immensem Bevölkerungswachstum gewährleisten und international den Frieden wahren soll. Alle Staaten haben sich verpflichtet, diese 17 Ziele umzusetzen.

Jetzt mit der Corona-Pandemie ist die Welt im Aufruhr, kriseln Menschen, Gesellschaften und Wirtschaft. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, Armut und Gewalt nehmen zu. Mehr denn je benötigen Gesellschaften jetzt eine nachhaltige und transformative Entwicklung. Aber ein verantwortliches Handeln aller Beteiligten im Alltag ist eng daran geknüpft, partizipieren zu können. Ungleichheit und Armut verhindern Teilnahme. Dabei ist Partizipation gerade wegen der Komplexität und Geschwindigkeit unserer gesellschaftlichen Prozesse wichtig.

Laut dem Bericht des statistischen Bundesamtes im März dieses Jahrs hat die Bundesregierung nur vier ihrer zwölf Nachhaltigkeitsziele für 2020 erreicht. Die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2021 hat jetzt neue Indikatoren entwickelt und unterstreicht die Wichtigkeit des menschlichen Wohlbefindens, sozialer Gerechtigkeit, CO2-Minderung, Kreislaufwirtschaft, nachhaltigen Bauens und Verkehrs sowie nachhaltige Agrarwirtschaft. Sie nimmt Bezug auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Wechselwirkungen,

SOZIALE ARMUT UND UNGLEICHHEIT

Vortrag: Kristin Alheit

Pandemie hat wirtschaftl. Förderung nicht mit Nachhaltigkeitsforderungen verknüpft.



Folgende Aspekte wurden sogar noch verstärkt:

1. Es besteht große soziale Ungleichheit in Deutschland



Soziale Teilhabe muss gestärkt werden
Armut führt zu sozialer Isolation!
Bekämpfung der Armut durch Bildung

hat dabei aber noch zu wenig die globalen Interdependenzen im Auge. Für deren Umsetzung trägt auch Hamburg Verantwortung. Dafür muss Hamburg seine Nachhaltigkeitsziele in die Verfassung aufnehmen und jetzt Mittel für die dringend benötigte Umsetzung bereitstellen.

Der neunte Hamburger Ratschlag konzentriert sich auf Armut und soziale Ungleichheit, weil viele Menschen jetzt in Kurzarbeit sind, ihre Arbeit verloren haben oder einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Von daher ist es wichtiger denn je, soziale Absicherung, Arbeitsplätze und eine sozial nachhaltige Entwicklung zu fördern, denn ohne diese wird die notwendige Teilhabe für die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft nicht möglich sein.

Input: Soziale Armut und Ungleichheit, Kristin Alheit (PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Hamburg)

Welche Impulse brauchen Wirtschaft und Politik in dieser Zeit, um Armut zu bekämpfen und eine gerechte Umverteilung zu fördern? Wie kann nachhaltige Bekämpfung von Armut aussehen?

Hoffnungen, dass die Pandemie dazu führt, dass wirtschaftliche Förderungen mit Nachhaltigkeitsforderungen verknüpft werden, um eine nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft zu begünstigen, haben sich im Angesicht der Krise und ihren mannigfachen Anforderungen nicht erfüllt.

Gemäß dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht besitzt die wohlhabende Hälfte unserer Gesellschaft 99,5 Prozent des Vermögens. Die Chance, dem Prekariat zu entkommen, nehmen dabei seit den 90er Jahren kontinuierlich ab und im Niedriglohnsektor reduzieren sich die Löhne. Soziale Ungleichheit nimmt dabei immer weiter zu. Waren in den 80er Jahren noch jeweils 8 % der Bevölkerung extrem arm oder reich, sind es heutzutage 20 %. Damit reduziert sich für immer mehr Menschen auch die Möglichkeit, teilzuhaben. Für schätzungsweise 15 % unserer Gesellschaft nehmen damit soziale Isolation



Soziale Armut und Ungleichheit.

zu, Gesundheit und Lebenserwartung ab. Die Armutsgefährdungsquote liegt allein in Hamburg seit Jahren bei 50 % - besonders betroffen sind Alleinerziehende, Migrant:innen, Rentner:innen, Beschäftigte im Niedriglohnssektor und Erwerbslose.

Der Paritätische fordert daher die Anhebung der Grundsicherung, der Regelleistungen in Hartz IV, Sozialhilfe, Altersgrundsicherung und für Asylbewerber:innen um mindestens 30 %.

Regional wäre ein Hamburger Armuts- und Reichtumsbericht der richtige Schritt in eine richtige Richtung. Ein regionales Monitoring könnte Gefährdungen auch stadtteilbezogen erfassen und dafür Maßnahmen entwickeln, um allen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

Austausch Plenum

Plenum: Was hat diese Dynamik befördert?

Kristin Alheit: Mehrere Dinge. Die Chancengleichheit im Bereich Bildung hat seit den 80er Jahren abgenommen. Gendergerechtigkeit und auch Sorgearbeit werden nach wie vor zu wenig berücksichtigt. All diese Punkte stehen einer nachhaltigen sozialen Entwicklung entgegen.

Plenum: Und Inklusion?

Kristin Alheit: Auch wenn Inklusion mehr und mehr bedacht wird, fällt diese weg, sobald wirtschaftliche Krisen oder neue Anforderungen sichtbar werden. Der Umgang damit vermittelt, dass auch dieser Punkt nicht ernst genommen wird.

Plenum: Welchen gesellschaftlich-politischen Einfluss hatte die Liberalisierung des Arbeitsmarktes und Hartz IV unter Schröder darauf?

Kristin Alheit: Einen großen, denn die Reduzierung unserer Sicherungssysteme mit Hartz IV haben Prekarisierung, Armut und Existenzangst verstärkt.

GUTE ARBEIT, PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG, SOLOSELBSTSTÄNDIGE UND KURZARBEIT

Vortrag: Katja Karger

Die Frage der Nachhaltigkeit muß
mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft werden!
⇒ Transformationsprozess!



In Hamburg über 1 Millionen Beschäftigte

Input: Gute Arbeit, prekäre Beschäftigung, Soloselbstständige und Kurzarbeit, Katja Karger (DGB-Hamburg)

Die Frage nach Armut und sozialer Ungleichheit ist die Kernfrage der Nachhaltigkeit. Armut und soziale Ungleichheit hängen maßgeblich davon ab, wie unsere Arbeitswelt gestaltet ist. Daher müssen Nachhaltigkeitsdiskurse die Zustände in der Arbeitswelt beachten. Wenn Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können und damit ihre soziale Existenz sichern, wird es weniger Armut und Ungleichheit geben, und es steigen die Chancen, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung die Veränderungen mitträgt.

In Hamburg sind über eine Millionen Menschen abhängig beschäftigt. Diese haben eine Doppelfunktion: Sie sind einerseits von den künftigen Veränderungen betroffen und andererseits auch Handelnde in der Veränderung. Ohne die Beschäftigten in den Betrieben wird eine sozial-ökologische Transformation nicht gelingen.

Wo stehen wir heute mit der Arbeitswelt in Hamburg?

Situation auf dem Arbeitsmarkt:

- Kurzarbeit 12/20: 11.000 Betriebe / 103.000 Beschäftigte
- Über 80 % der Antragssteller sind Kleinbetriebe
- Höchste Kurzarbeiterquote: 10,2 % der Sv-Beschäftigten (Bundesdurchschnitt 7,7)
- Minijobs von 157.000 auf 132 (von 12/19 auf 12/20)
- Bundesweit zweithöchster Rückgang: -15,5 % (Bundesdurchschnitt -12,9 %, B -16 %)
- Höchster Rückgang Gastgewerbe (-50 %), Kultur/Unterhaltung (-39 %)
- 47 % aller Neueinstellungen befristet

Gute Arbeit schaffen.



- Starker Anstieg (Solo-)Selbständige auf Hartz IV: +36 %, Bund +15 % (von 12/19 auf 12/20)
- Stagnierender Arbeitsmarkt – offene Stellen fast halbiert
- Steigende Zahl Langzeitarbeitslosigkeit
- Frauen stärker von Hartz IV betroffen (m +19 %, w + 26 %)

Hinzu kommt, dass nur rund 40 % der Beschäftigten Homeoffice nutzen können und hier sind es wiederum die gut bezahlten Expert:innen und Fachkräfte. Produktionskräfte und Dienstleistende können mit um die 2 % ihre Gesundheit weitaus weniger schützen.

Die Krise der Corona-Pandemie wirkt sich vor allem für diejenigen von uns negativ aus, die bereits durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes benachteiligt waren, die im Niedriglohnsektor oder prekär beschäftigt arbeiten. Damit nehmen Ungleichheit und Armut zu, die Beteiligungschancen an der Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft ab.

Ein Mittel, um gegen Armut, Ausbeutung und Ungleichheit anzugehen, sind Tarifverträge. Sie sind ein grunddemokratisches Recht und das wichtigste Instrument, um Löhne, Arbeits- und damit auch die Lebensbedingungen der Menschen flächendeckend zu verbessern. Und sie verhindern, dass Betriebe über Lohndumping die Konkurrenz unterbieten. Sie sind Garant für mehr soziale Gerechtigkeit.

Auch die betriebliche Mitbestimmung ist ein demokratisches Grundrecht. Betriebs- und Personalräte sorgen für soziale Gerechtigkeit im Betrieb, sorgen für Gleichbehandlung und sind die wesentlichen Treiber einer zukunftsfähigen und sozial-ökologischen Veränderung im Betrieb. Für mehr Gerechtigkeit brauchen wir auch mehr Wirtschaftsdemokratie – die nicht vor dem Werkstor halt machen darf.

Mindestlöhne und Grundsicherung müssen so erhöht werden, dass die Men-

Ergebnisse/Forderungen der

Arbeitsgemeinschaften:

AG1: Armut und ihre Überwindung.

1. Es bedarf HH Armuts- und Reichtumsbericht zur Förderung sozialer Teilhabe
2. Zusatzleistungen für Empfänger*innen von Grundsicherung
3. Quartiersangebote vor Ort

1. Tarifbindung (keine Entlohnung)
2. Mitbestimmung
3. Mindestlohn erhöhen
4. Bildung
5. Umverteilung

AG2: Bildung und Teilhabe

1. Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker in Lehrplan integrieren

schen in Hamburg davon leben können.

Die Arbeitswelt wandelt sich, wir dürfen aber niemanden zurücklassen. Bildung und Weiterbildung sind wesentliche Voraussetzung, um mit den Veränderungen Schritt zu halten. Es sind überwiegend die Un- und Angelernten und junge Menschen ohne Abschlüsse, die in Krisenzeiten als erste rausfliegen und dann besonders armutsgefährdet sind. Das hat auch die Pandemie gezeigt.

Elementar für alle weiteren Entwicklungen wird allerdings die Frage der Umverteilung sein. Die Reichen und Vermögenden müssen stärker zur Verantwortung gezogen werden, z.B. durch mehr Steuergerechtigkeit. Stellen Sie sich beispielsweise die Frage, wer den höchsten CO₂-Ausstoß, den größten ökologischen Fußabdruck hat? Die, die am meisten besitzen. Und gerade die, die am meisten Schaden verursachen, müssen an den daraus entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten entsprechend beteiligt werden.

Fragen aus dem Plenum

Plenum: Was ist mit der Gleichbehandlung bezüglich Tarifverträge zwischen Angestellten & Mitarbeiter:innen im öffentlichen Dienst beispielsweise im Jobcenter: Gleiche Leistung und unterschiedliche Bezahlung. Wann wird das angepasst?

Katja Karger: Das ist einer der großen systemischen Geburtsfehler bei der Liberalisierung des Arbeitsmarktes und Gründung des Jobcenter-Systems. Seit Jahren arbeiten wir in verschiedenen Gremien daran, um die Unterschiede zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen aufzulösen. Dies ist Bundes-, nicht Länderrecht, und für eine Gleichbehandlung müssen leider erst Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

Plenum: Wie steht es um die Mitbestimmung der Bürger:innen mit Migrationshintergrund.

Katja Karger: Auch strukturell ungerecht. Menschen, die hier schon lange leben oder gar hier geboren sind, sollen an Wahlen teilnehmen können. Viele

Bildung, Weiterbildung, Teilhabe.

2. Einsatz von Bildungslotsen
3. Bildungsurlaub stärken
4. Schulreform
5. Infrastruktur/Digitalisierung sicherstellen
6. Integration stärken
7. Inklusion/ Kultur des Miteinanders stärken

und auch migrantische Arbeitskreise arbeiten bereits daran, aber auch hier muss eine Gesetzesgrundlage geschaffen werden.

In anschließenden Arbeitsgruppen wurden die Forderungen an den Hamburger Senat erarbeitet (Dokument Forderungen_9_HH_Ratschlag):

1. AG Armut und ihre Überwindung mit Klaus Wicher und Jan-Martin Bettich (Sozialverband Deutschland)
2. AG Bildung und Teilhabe mit Magdalena Zimmermann und Jürgen Reißner (Arbeitsstelle Weitblick, Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein), Karsten Weitzenegger (SID Hamburg)
3. AG Gender, Arbeit und Corona mit Savannah Guttman (Landesfrauenrat Hamburg) und Kelly Thomsen (Frauenwerk, Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein)
4. AG Zukunft der Arbeit mit Anja Keuchel (ver.di Hamburg), Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath (Marie-Schlei-Verein)

Plenum

In der Abschlussdiskussion wurden die erarbeiteten Forderungen der verschiedenen Arbeitsgruppen dann diskutiert, noch offene Fragen geklärt und abgestimmt. Auch diese Forderungen werden an den Hamburger Senat übergeben.

Moderatorin Dr. Anke Butscher, technischer Support Amy Geisler, Grafic Recording Stefan Mosbach, Ko-Moderator:innen der AGs Sarah Nüdling, Wolf Oeding, Robert Paschmann, Lenja Rother

Weitere Informationen unter www.2030hamburg.de

GUTE ARBEIT, PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG, SOLOSELBSTSTÄNDIGE UND KURZARBEIT

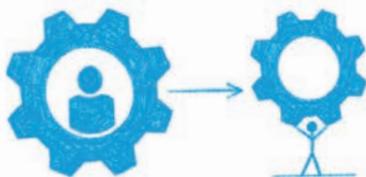
Vortrag: Katja Karger

Die Frage der Nachhaltigkeit muß mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft werden!
⇒ Transformationsprozess!



In Hamburg über 1 Millionen Beschäftigte
Diese haben eine Doppelfunktion während der Pandemie:

1. Betroffene 2. Träger der Veränderung



Für das Erreichen einer nachhaltigen Arbeit der Zukunft gibt es aus gewerkschaftlicher Sicht 5 Forderungen:

1. Tarifbindung (kein Lohndumping)
2. Mitbestimmung
3. Mindestlohn erhöhen
4. Bildung
5. Umverteilung

Ergebnisse/Forderungen der Arbeitsgemeinschaften:

AG1: Armut und ihre Überwindung.

1. Es bedarf HH Armuts- und Reichtumsbericht zur Förderung sozialer Teilhabe
2. Zusatzleistungen für Empfänger*innen von Grundsicherung
3. Quartiersangebote vor Ort
4. Gesundheitszentren für niedrigschwelligen Zugang
5. Kostenfreie Nutzung sozialer und kultureller Einrichtungen
6. Erhöhung des Mindestlohns
7. Förderung des sozialen Wohnungsbaus
8. Sozialstatus, Gesundheitsbelastungen, Umwelt und Lebensqualität müssen in Zusammenhang gesetzt werden

AG2: Bildung und Teilhabe

1. Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker in Lehrplan integrieren
2. Einsatz von Bildungsloten
3. Bildungsurlaub stärken
4. Schulreform
5. Infrastruktur/Digitalisierung sicherstellen
6. Integration stärken
7. Inklusion/Kultur des Miteinanders stärken

9. Hamburger Ratschlag

23. April 2021

- AG 3: Gender, Arbeit und Corona
1. Vereinbarkeit von Lohn- und Care-Arbeit
 2. Entgeltgleichheit und Lohntransparenz
 3. Standards „Gute Arbeit“ für Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen + Minijobs
 4. Bruttolohn als Bemessungsgrundlage des Kurzarbeitsgeldes
 5. Bessere Arbeitsbedingungen in der Care-Arbeit
 6. Intersektionales Paritätsgesetz

- AG 4: Zukunft der Arbeit
1. Allg. Sozialversicherungspflicht
 2. Reduzierung der Arbeitszeit
 3. Mindestlohn erhöhen
 4. Neue Wege zur Förderung von Langzeitarbeitslosen
 5. Teilhabe und Beteiligung von Beschäftigten
 6. Keine befristeten Verträge mehr
 7. Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen
 8. Recht auf Homeoffice und digitales Arbeiten



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN

Der Ratschlag wird organisiert von:



Beteiligte Organisationen:



Unterstützt von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung aus Zweckerträgen der Lotterie Bingo!
Die Umweltlotterie sowie RENN.nord



Hamburger Ratschlag

Christa Randzio-Plath, Vorsitzende (ViSDP) Marie-Schlei-Verein e. V.

Grootruhe 4, 20537 Hamburg

www.2030hamburg.de



hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN